



04. Jänner 2010

Uganda verbietet FGM

Das ugandische Parlament hat eine Gesetz beschlossen, dass Female Genital Mutilation (FGM) künftig unter Strafe stellt

Das ugandische Parlament hat letzte Woche einstimmig ein Gesetz beschlossen, das Female Genital Mutilation (FGM) verbietet. Laut "United Press International" werden sich die Strafen für FGM im Rahmen von 10 Jahren Haft bis zu lebenslangen Gefängnisstrafen bewegen, letzteres in dem Fall, wenn das beschnittene Mädchen stirbt. Entschieden hat man sich auch dafür, dass die Opfer von FGM künftig eine Entschädigung bekommen sollen.

Lange Tradition

Ugandas Präsident Yoweri Museveni hat angekündigt, dass das Gesetz bis Juli 2010 umgesetzt werden soll, dies teilte Fred Opolot, ein Sprecher der Regierung CNN mit. "Eine Mehrheit der Menschen in Uganda betrachtet dieses Vorgehen als abscheulichen Akt, aber wir dürfen nicht vergessen, dass diese kulturelle Praktik über viele Generationen angewendet wurde, daher dauerte es auch so lange, dass dieses Gesetz beschlossen werden konnte."

In sehr vielen Fällen bedeutet FGM einen enormen Eingriff in die Sexualität der Frauen, ebenso treten chronische Infektionen, wiederkehrende Blutungen, Abszesse und extreme Schmerzen auf. Schätzungen nach werden jährlich 3 Millionen Mädchen zu FGM gezwungen. FGM wird zum Beispiel als eine Form der Geburtenkontrolle und als Initiation betrachtet und hat in 28 afrikanischen Ländern eine lange Tradition.

Quelle: www.derstandard.at

[« Zurück zur Übersicht](#)

[Artikel weiterleiten](#)

[Artikel drucken](#)